

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis (für Monat) 3 RM. (halbjährlich 15 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Anzeigengebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden - A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Schulbergstraße 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 15 553. Emil Schlegel, Schulbergstraße 2 / Dresden - A. / Fernsprechnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 15 553. Arbeiterstimme: Dresden / Geschäftsstellen der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag) / Anzeigenpreis: Die erstmalig gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den beigefügten Textpreis 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden - A. Schulbergstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Erhaltung der Zeitung oder auf Ersatzleistung des Bezugspreises

3. Jahrgang Freitag, den 11 März 1927 Nummer 59

Nicht Stunden - genug geschunden!

Der Sächsische Landtag beschließt: Förderung auf reichsrechtliche Durchführung des Acht- bzw. Siebenstundentages - Verbot von Überstunden ohne gewerkschaftliche Zustimmung - Verbot von Überstunden, solange freie Arbeitsplätze und geeignete Arbeitskräfte vorhanden sind - Achtstundentag für Staatsbetriebe in Sachsen.

Die Kommunistische Partei hatte durch ihre Fraktion im Sächsischen Landtag am 25. November 1926 den folgenden Antrag auf Einführung der acht- bzw. siebenstündigen Maximalarbeitszeit eingebracht:

Die fortschreitende Nationalisierung mit gesteigertem Arbeitstempo, mit Überstunden und Überstunden hat die Fernwendigkeit der schrittweisen Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit wieder verstärkt in den Vordergrund gerückt. Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung zu vertreten:

- 1) den Achtstundentag als Maximalarbeitszeit reichsrechtlich festzusetzen, für Frauen und besonders gesundheitsgefährliche Berufe den Siebenstundentag;
- 2) den freien Samstagvormittag gesetzlich einzuführen;
- 3) keine Überstunden zuzulassen;
- 4) jede Überstundenzahlung des Achtstundentages zu bestrafen;
- 5) den Gewerkschaften und den Betriebsräten die Betriebskontrollen zu übertragen.

- 2) für das Gebiet des Freistaates Sachsen bis zur reichsrechtlichen Regelung die unter 1a bis e geforderte Regelung der Arbeitszeit auf dem Verordnungsweg durchzuführen;
- 3) sofort im Verordnungsweg zu bestimmen, daß in öffentlichen Staatsbetrieben, Behördenstellen, den staatlichen Kliniken und Krankenhäusern die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten darf. Überstunden dürfen auf keinen Fall verlangt und gebildet werden.

Gegenüber diesen klaren, eindeutigen Forderungen der kommunistischen Partei im Kampf um den Achtstundentag und die Siebenstundentag, behördenstellen, den staatlichen Kliniken und Krankenhäusern die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten darf. Überstunden dürfen auf keinen Fall verlangt und gebildet werden.

Arbeiter! Klassengenossen! Mobilisiert alle Kräfte, damit es gelingt, die Verweigerung aller Überstunden, den Achtstundentag und die Siebenstundentag zu erkämpfen! Vorwärts in geschlossener Klassenfront! Es lebe der Kampf um den Achtstundentag und die Siebenstundentag!

Der mit der 46-Stundenwoche

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Eine am 8. März tagelungene Betriebsräte- und Funktionärerversammlung der Daimler-Benz-WG nahm Stellung zu der Forderung des Reichsgerichts, die 46-Stundenwoche, die Verbot der Überstunden und die Verbot der Überstunden, die nicht der Beilegung von Schäden bei Betriebsstörungen dienen und die nicht die Zustimmung des Betriebsrates haben.

Vor dem Kreisbruch der Jürgens

Das Ehepaar aus der Haft entlassen. Eine Kräfte hat der anderen kein Kluge aus. Nachdem die Verhandlungen für jeden festgelegt haben, daß Jürgens und seine Frau Handlungen verbrecherischer Art um des Gewinnes willen vornehmen, endlich das Gericht gestern, das würdige Ehepaar aus der Haft zu entlassen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, die Verhandlung auf Montag verlegt. Die Verhandlung der Klassenjustiz reißt sich wieder an alle die Maßnahmen an, die bisher von den Gerichten der Republik durchgeführt wurden. Arbeiter sitzen in den Gefängnissen, die von Jürgens hereingebracht wurden, die Juristen wollen aber ihren Klassenossen nicht lassen. Dieser neue Vorfall der Klassenjustiz muß die Arbeiter veranlassen, jetzt mit aller Kraft den Kampf für eine Kammer zu führen. Die Freilassung der Familie Jürgens ist die ungeheuerliche Provokation, die Arbeiterklasse muß antworten.

Brutaler Polizeiberfall bei Begrüßung eines Dantelassenen

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zum Empfang und zur Begrüßung des Gen. Dismarck, der nach 24jähriger Haft vom Reichstag nach dem Potsdamer Bahnhof eintraf, hatten sich vor demselben etwa 1000 Arbeiter und Frauen eingefunden. Als Genosse Dismarck auf den Schultern einiger Genossen aus dem Bahnhof getragen wurde, stürzte sich plötzlich ein ungeheures Schupo-Contingent, das in den Reihen der Arbeiter aus dem Bahnhof auf die Demonstranten. Mit Gummiknüppeln und Gewehr- und Bajonetts wurden planlos unerschrocken Selbst Genosse Dismarck wurde nicht verschont. Wer nicht schnell genug lie, wurde niedergeworfen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Buchdrucker gegen das Reichsgericht

Der Ortsverein München der Buchdrucker nahm in seiner letzten Mitgliederversammlung u. a. zu dem am 18. Februar vom Reichsgericht gefällten Urteil gegen die Buchdrucker, sehr ablehnend Stellung und nahm einstimmig eine Entschließung an, in der auf die Gefahr gegen das Reichsgericht protestiert wird und in demselben eine schwere Gefahr für das graphische Gewerbe erblickt wird. Der Ortsverein veranlaßt dem Reichsgericht in Berlin, daß er gegen den Entscheid des Reichsgerichtes mit aller Entschiedenheit Stellung nimmt.

Eine gleiche Resolution wurde in der Mitgliederversammlung des Buchdruckerverbandes Ostpreußen einstimmig angenommen.

In der Generalversammlung des Buchdruckervereins von Hamburg-Altona am 8. März wurde einstimmig folgende Resolution gegen das Reichsgericht beschlossen:

„Die am 8. März 1927 tagelungene Generalversammlung des Buchdruckervereins Hamburg-Altona nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem „Hauptverdict“ des Reichsgerichts gegen die Buchdrucker. Sie protestiert entschieden gegen eine derartige Handhabung der Gerichte.“

Vom Darmat-Prozess

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Darmat-Prozess nähert sich jetzt im ersten Teil der Anklage seinem Ende. Besonders interessant waren die Ausführungen des Buchdruckerpräsidenten Prof. Leinert über die perzentualen Ausgaben und Einnahmen der Buchdrucker. Er machte u. a. die Mitteilung, daß in der Ausgabe-Reichsreformminister hätte und an den ehemaligen sozialdemokratischen Berliner Volkspräsidenten Richter gehalten. Nach derselben Mitteilung hat Darmat auch dem Zentrum und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Darlehen gegeben.

Vor der großen Konflikt in Litauen

Der Vorkonflikt, Staatsminister a. D. Vaker, verfaßt, wie wir erfahren jetzt in Thüringen eine Regierung der großen Konflikt zu bringen. Er wird mit der KPD und dann mit den übrigen Parteien verhandeln.

Die neue Gefahr im Osten

Die polnisch-litauische Annäherung. M. S. Als im Dezember vergangenen Jahres in Rom die tschechische Staatsstreich ausgeführt und die Regierung Stojewitsch gestürzt wurde, wurde in der russischen Presse der Verdacht geäußert, daß hinter diesem Staatsstreich die englische Diplomatie stehe. Von englischer Seite wurde natürlich die Teilnahme Englands an dem tschechischen Umsturz in Rom mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Aber die Abweisung der englischen Seite über die Tatsache hinwegzuführen, daß der Sturz der Regierung Stojewitsch im Interesse Englands geschah. Litauen war schon seit langem ein Dorn im Auge der englischen Einheitspolitik im Osten. Infolge des Stretes mit Polen um den Besitz von Wilna lehnte es Litauen ab, sich den englischen Plänen im Osten zu fügen, es suchte sogar eine Annäherung mit der Sowjetunion herbeizuführen. Der Abbruch des Sicherheitsvertrages zwischen der Sowjetunion und Litauen im September des vergangenen Jahres bedeutete die Sprengung der Einheitsfront der unter englischen Einfluß stehenden Oststaaten und somit einen schweren Schlag gegen die englische Diplomatie. Sie bemühte sich deshalb, die tschechischen Kräfte zu sammeln, denen unter der Parole der Beilegung der „tschechischen Gefahr“ auch tschechisch gelungen war, die Regierung Stojewitsch zu stürzen. Somit wurde nochmals der Beweis erbracht, daß im modernen, demokratischen Staatssystem sogenannte „verfolgungswürdige Mittel“, um im Dialekt des Vorwärts zu sprechen, nur solange ihre Gültigkeit haben, als dies im Interesse der Bourgeoisie ist.

Die Folge des Staatsstreiches in Litauen war die Stärkung des englischen Einflusses in Rom. Es mußte deshalb erwartet werden, daß trotzdem die neue reaktionäre Regierung Waldemaras erklärte, daß ohne Rückgabe Wilnas eine Verständigung mit Polen nicht in Frage käme, die litauischen Kräfte auf englische Verbindungen hin sich beschränkt leben werden, ihre kriegerische Sprache Polen gegenüber zu mäßigen. Vor einigen Wochen suchte der englische Interessen in Litauen vertritt, Herr Waldemaras auf und hatte mit ihm mehrmals längere Unterredungen. Nach diesen Unterredungen, deren Inhalt natürlich geheim gehalten wurde, begann plötzlich die litauische Presse sich mit der schwierigen finanziellen Lage Litauens zu beschäftigen. Sie wies darauf hin, daß zur Sanierung der zerrütteten Finanzen des Landes eine Anleihe im Ausland notwendig sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß England durch seinen Geschäftsträger im Vatikan Litauen finanzielle Hilfe versprochen hat. Ebenso nachweislich ist es, daß der Kaufpreis für die Beilegung Litauens eine Verbindung mit Polen und Litauen sein soll. Es scheint auch, daß die Regierung Waldemaras tatsächlich nicht abgeneigt ist, eine Verständigung mit Polen herbeizuführen und sich der englischen Politik im Osten anzuschließen.

Kurz nach dem Felde des englischen Geschäftsträgers bei Waldemaras entspann sich zwischen London und Warschau ein sehr reger Gedankenaustausch. Die Folge davon war, daß die litauische Presse, die noch bis vor kurzem einen Feldzug gegen Litauen predigte, plötzlich die Front änderte und auf die „gemeinsamen Interessen“ beider Länder hinzuweisen begann. Die „deutsche Gefahr“, die angeblich auch Litauen bedrohe, spielte bei diesen Anbahnungsversuchen eine nicht unerhebliche Rolle. Der Tod des Führers der nationalen litauischen Regierung Balanowitsch, der vor kurzem in Wilna verstorben war, wurde von der englischen Presse dazu benutzt, um auf die Notwendigkeit einer polnisch-litauischen Verständigung hinzuweisen.

Von litauischer Seite zeigt man sich nicht abgeneigt, dem polnischen Nachbar die Hand zu reichen. Ziel bemerkt wurde die Tatsache, daß bei Eröffnung des Komodor Landtags Waldemaras in seiner Regierungserklärung zwar die Ansprüche auf Wilna geltend machte, aber gleichzeitig betonte, daß dieses Ziel in absehbarer Zeit nicht erreicht werden könnte und daß man deswegen Verhandlungen mit Polen nicht ausweichen dürfe. Zu gleicher Zeit wird in Litauen die Frage der Aufhebung des Verbot des polnischen Holzschwarzhandels über die Memel erstet - eine Frage, deren Aufwerfung in Litauen bisher einem Landeserrat gleichkam.

Der tschechische Staatsstreich hat, wie nicht anders zu erwarten war, zu einer Herabsetzung des außenpolitischen Rufes Litauens geführt. Bis zu einer wirklichen Verständigung mit Litauen ist noch ein weiter Weg. Aber Litauen befindet sich derzeit auf diesem Wege, der zur Einbeziehung dieses Landes in die englische Einheitspolitik führt.

Eine solche Einbeziehung bedeutet aber unter den gegebenen Verhältnissen eine weitere Verhärtung der politischen Lage in Osteuropa und somit eine Bedrohung des Friedens. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der britische Imperialismus sich zu einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion vorbereitet und sich der Oststaaten als eines strategischen Aufmarschgebietes gegen die Sowjetunion bedienen will. Der stärkste Gegner der Sowjetunion ist unter den Oststaaten zweifellos Polen. Aber die militärische Kraft der polnischen Republik wird vorläufig durch die Gegenwirkung Litauens gebremst, das im Falle eines tschechisch-polnischen Krieges eine strategisch äußerst günstige Stellung einnehmen würde, weil es sich im Rücken und zwar in der Nähe der tschechisch-polnischen Front befinden würde. Man begreift deshalb, warum England um die Gunst des Feindes und Litauens, aber infolge seiner geographischen Lage strategisch so wichtigen Litauens wird. Sollte es der englischen Diplomatie gelingen, mit Hilfe der tschechischen